

Additiver Umweltschutz – additive Arbeitsplätze?

Der Zusammenhang zwischen »Arbeit und Umwelt« findet immer wieder große Beachtung: Umweltpolitik bedarf immer noch des Argumentes, daß damit Arbeitsplätze geschaffen werden können, zumindest gesamtwirtschaftlich aber keine Arbeitsplätze dadurch verloren gehen. So auch jüngst die neue Bundesumweltministerin Angela Merkel in der Zeitschrift *Umwelt* 1/95: Durch die bisherige Abfallpolitik sei eine deutliche Verringerung der Abfallberge erreicht worden und zugleich seien »zusätzliche zukunftssichere Arbeitsplätze« geschaffen worden. Ferner gehöre die Umweltschutztechnologie in den Zeiten wirtschaftlicher Rezession zu den entscheidenden Wachstumsbranchen, deren Erfolge sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen würden. Wie es mit dem Zusammenhang von »Arbeit und Umwelt« aussieht, wenn tatsächlich »Nachhaltigkeit« oder eine »dauerhaft umweltgerechte Entwicklung« als gesellschaftliche Ziele angestrebt werden würden, will der folgende Artikel aufzuzeigen. In der Tabelle wurde für verschiedene Phasen der Umweltpolitik einmal versucht, den Zusammenhang zwischen »Arbeit und Umwelt« an Hand einiger wesentlicher Merkmale darzustellen.

Umweltpolitik wird in der Regel noch immer als additive, d. h. nachgeschaltete Politik und Technik begriffen. Typisch für diese Art der Umweltpolitik ist der Einsatz zusätzlicher Technik, damit verbundene zusätzliche Investitionen und letztlich eine mediale Verschiebung der Umweltproblematik. Die Investitionen sowie die mit ihnen verbundenen Folgekosten führen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen im »Reparaturbereich« der Gesellschaft, die aus dem Wirtschaftswachstum finanziert werden. Insofern ist es die Wachstumswirtschaft, die sich den additiven Umweltschutz leisten kann; aber zugleich ist sie auch mit für die wachsenden Umweltschäden verantwortlich.

Die durch umweltpolitische Maßnahmen entstehenden Arbeitsplätze sind daher daraufhin zu prüfen, ob sie »dauerhaft« im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung sind. Denn sie können auch Resultat einer Umweltpolitik sein, die – wie dies in der Abfallwirtschaft gegenwärtig festzustellen ist – Investitionen in eine Richtung lenkt, die langfristige Strukturen festreibt und dadurch Veränderungen und Innovationen verhindert.

Die am Gedanken der Nachhaltigkeit orientierten Entwicklungen sind eher auf eine Dezentralisierung ausgerichtet; die damit verbundenen Arbeitsplätze werden daher oft nicht so unmittelbar sichtbar wie bei Großinvestitionen. Dies läßt sich am Beispiel der Energiewirtschaft verdeutlichen: Die Arbeitsplatzeffekte einer dezentralen Energieversorgung werden häufig nicht wahrgenommen in Relation zu Investitionen in Großkraftwerke, bei denen die Arbeitsplätze quasi »direkt« faßbar sind und auf einmal gleich mehrere Hundert Arbeitsplätze entstehen. Die ökologischeren, strukturorientierten Varianten werden so häufig hinsichtlich ihrer Arbeitsplatzwirkungen unterschätzt und finden bei den politischen Entscheidungsträgern nur wenig Interesse.

Sustainability und Arbeitsplätze

Für die Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung sind erhebliche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft notwen-

dig, um u. a. eine absolute Reduktionen im Stoffumsatz zu erreichen: dies gilt auch für die Produktionsprozesse und für die Produkte. Daraus ergeben sich veränderte Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmer und veränderte Beschäftigtenstrukturen. Der zentrale Punkt dabei ist, daß diese Veränderungen erhebliche Auswirkungen auf die Umweltqualität haben, daß die daraus resultierenden Arbeitsplätze aber *nicht mehr* dem Umweltschutz zugeschrieben werden können: Tritt eine völlige Veränderung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen ein, dann wird eine Unterscheidung der durch Umweltschutz induzierten Arbeitsplätze, die bereits bei den integrierten Technologien fragwürdig ist, hinfällig.

Ansatzpunkte für die Identifikation von Arbeitsplatz- und Qualifikationsstrukturen lassen sich gewinnen, wenn die Vorschläge für eine umweltgerechte Entwicklung, wie sie u. a. von Stahel vorgelegt wurden, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden:

a) *Strategien zur Verbrauchsreduktion*
Eine Verringerung des Verbrauchs läßt sich auf zwei Wegen erreichen: entweder durch eine erhöhte Effizienz der Ressourcennutzung und/oder durch Konsumreduktion. Das heißt:

- Effizienzorientierung in der Produktion,
- Veränderung der Konstruktionsprinzipien und der Materialauswahl,
- Dematerialisierung und Dienstleistungsorientierung,
- Wohlstands- oder Suffizienzorientierung.

b) *Entwicklung langlebiger Güter*

Mit einer verlängerten Nutzungsdauer der Produkte wird zugleich eine erhebliche Reduktion der Stoff-, Material- und auch der Abfallströme erreicht. Zwar wird dem entgegen gehalten, daß durch die verlängerte Lebensdauer der Geräte technische Innovationen, die zudem auch ressourcensparend sind, nicht realisiert werden. Dennoch muß berücksichtigt werden, daß z. B. energiesparende moderne Kühlschränke die zu-

sätzliche Energie, die zur Produktion erforderlich war, nur langfristig einsparen können. Ein schneller Austausch der Produkte ist außerdem unter dem Aspekt der Abfallvermeidung sehr fragwürdig.

c) *Modularer Aufbau und Wiederverwertung von Teilen*

Die Idee, die dahinter steht und durchaus nicht neu ist, ist: die Geräte so zu gestalten, daß sie reparaturfreundlich und nachrüstbar sind. Technischer Fortschritt würde dann nicht mehr Entwertung von Geräten und Neukauf bedeuten, sondern Nachrüstung oder Reparatur. Zugleich besteht die Möglichkeit, gebrauchte Teile wiederzuverwenden, wenn bei den Neukonstruktionen diese Vorgehensweise berücksichtigt wird.

d) *Strategie der intensiveren Nutzung*

Eine Waschmaschine stellt bereits heute ein Langzeitgut dar. Eine Erhöhung der Ressourceneffizienz durch eher geringfügige, wenig kostenintensive Verbesserungen an verschleißanfälligen Teilen könnte die Haltbarkeit und Leistungsfähigkeit der Maschinen so steigern, daß die Nutzungsintensität deutlich erhöht werden könnte. Denkbar wäre dann, daß die Waschmaschine in jedem einzelnen Haushalt durch eine entsprechende Maschine für das gesamte Haus ersetzt werden könnte.

»Arbeitsplätze durch Umweltschutz« nur eine kurzfristige Orientierung

Diese eher kursorischen Überlegungen zu möglichen künftigen Arbeitsplätzen und Qualifikationen verdeutlichen, daß der unmittelbare Zusammenhang »Arbeitsplätze durch Umweltschutz« im wesentlichen nur für einen begrenzten Zeitraum gilt. Zusätzliche Arbeitsplätze spielen dann eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, die Folgen der *Durchflußwirtschaft* zu begrenzen und schrittweise zu veränderten Wirtschaftsformen zu kommen. Mit einer Annäherung an weitergehende Lösungen im Sinne einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung wird diese Unterscheidung unscharf: Die notwendige strukturelle Ökologisierung der Wirtschaft macht den nachgeschalteten Umweltschutz weitgehend überflüssig und führt zu veränderten Tätigkeitsstrukturen. Eine solche Ökologisierung geht eher in Richtung Langlebigkeit der Produkte und damit Qualitätsarbeit, in Richtung Pflege und Reparaturfreundlichkeit und damit entsprechend orientierten Arbeitsplätzen. Es geht insofern nicht um die kurzfristige Schaffung einer Vielzahl umweltorientierter Arbeitsplätze sondern vielmehr um die Umgestaltung der Wirtschaft.

Ulrich Petschow, Berlin

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.